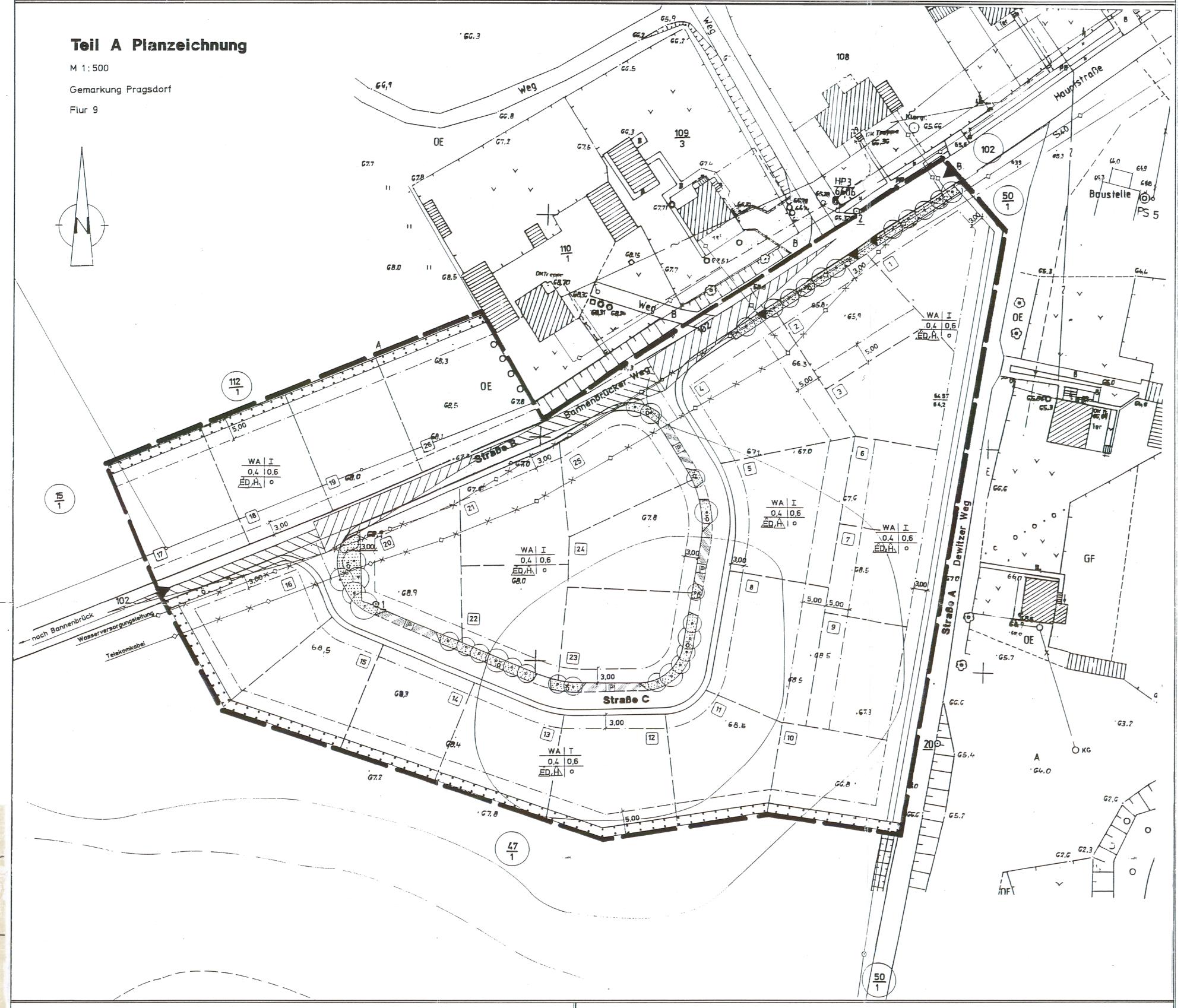
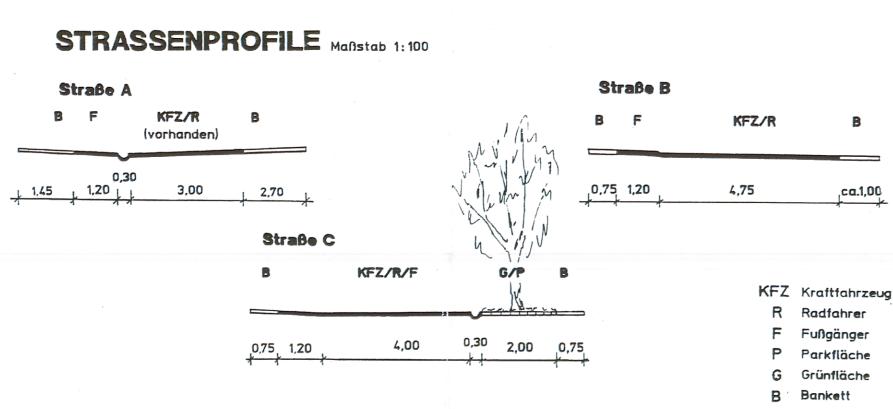
Bebauungsplan Nr. 2 "Am Bannenbrücker Dreieck"



Nachrichtliche Übernahme:

- 1. Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege spätestens vier Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, daß Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamt für Bodendenkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und eventuell auftretende Funde gem. § 11 DSchG M – V unverzüglich bergen und dokumentieren. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahme vermieden (vgl. § 11 Abs. 3)
- 2. Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden ist gem. § 11 DSchG M - V (GVbl. Mecklenburg - Vorpommern Nr. 23 vom 28.12.1993, S. 975 ff.) die Zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unveränderten Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der An-



PLANZEICHEN

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Maß der baulichen Nutzuna

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB; § 16 BauNVO)

Grundflächenzahl

Geschofflächenzahl

Zahl der Voligeschosse als Höchstmaß

Bauweise/Baulinie/Baugrenzen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB; § § 22 und 23 BauNVO)

offene Bauweise

nur Einzel - und Doppelhäuser zulässig

nur Hausgruppen zulässig

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Straßenbegrenzungslinie

Einfahrt bzw. Ausfahrt

Straßenverkehrsflächen

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung - öffentliche Parkfläche

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

* vo x x vo unterirdisch (wird umverlegt)

Grünflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 Abs. 6 BauGB)

öffentliche Grünfläche – allgemeines Grün

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Anpflanzung von Bäumen

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen. Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Anpflanzen von Sträuchern

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Darstellung ohne Festsetzungscharakter

Grundstücksnummer

Flurstücksnummer

--- geplante Grundstücksgrenze

• Flurstücksgrenze

Sichtfeld

Nutzungsschablone:

Art der baulichen Nutzung | Zahl der Vollgeschosse

Grundflächenzahl Geschofflächenzahl Hausformen Bauweise

Teil B Text

Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB und § 1 BauNVO

•Maß der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 BauGB i.V.m. § 4, § 16 und § 22 BauNVO

- Allgemeines Wohngebiet WA - Grundflächenzahl 0,4 - Geschoßflächenzahl 0,6 - Zahl der Vollgeschosse I

- Traufhöhe der Hauptgebäude 3,50 m ab Oberkante Gelände am Gebäude - es sind Einzel- und Doppelhäuser sowie Hausgruppen zulässig

•Bauweise gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO

Art der baulichen Nutzung

WA - Aligemeines Wohngebiet gemäß § 9. Abs. 1 Nr. 1 BauGB i, V.m. § 4 BauNVO Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO sind im "Allgemeinen Wohngebiet" auch ausnahmsweise Nutzungen nach § 4 Abs. 3 Nr. 4 (Gartenbaubetriebe) und Nr. 5 (Tankstellen) BauNVO nicht zulässig. • Baugrenze gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO Nebengebäude wie Garagen, Carports und Stellflächen für Pkw sind nur innerhalb der Baugrenze ge-

mäß § 23 Abs. 5 BauNVO zulässig.

Örtliche Bauvorschriften gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 Abs. 4 LBauO M-V • Höheneinordnung:

Im Allgemeinen Wohngebiet dorf die Höhe der Oberkante Erdgeschoßfußboden, gemessen von der Oberkante Gelände am Gebäude 0,5m nicht überschreiten

•Dächer

geneigte Dächer Dachtorm: zwischen 38° und 51° Dacheindeckung: Hartdach, ausgenommen sind hochglasierte Dachziegel rot, rotbraun, antrahzit

Fassaden

Es ist Mauerwerk, Putz in der Farbe weiß und in heilen Ockerfarben zulässig. Weiterhin sind Holz. Glas und Klinkermauerwerk zulässig. Verkleidung der Außenwände mit Holz, Glas bis max. 40% der Wandfläche. Die Fassaden der Doppelhäuser und der Reihenhäuser müssen in Materialart und Farbe einheitlich gestaltet werden.

Einfriedungen:

Zur straßenseitigen Einfriedung an den Grundstücksgrenzen sind bis max. 1,00 m Höhe zugelassen: Holz / Metalizäune

•Parkmöglichkeiten sind auf den Grundstücken zu schaffen

Grünordnerische Festsetzungen gemäß § 9 (1) 20 BauGB

- 1. Alle nichtbebauten Flächen sind vorzugsweise mit einheimischen, standortgerechten Bäumen, Sträuchern
- 2. Auf den Grundstücken sind je 3 einheimische standorttypische Laubbäume (auch Obstbäume) zu pflanzen. Stammumfang 10 - 12 cm, 2 × verpflanzt
- 3. Entlang den südwestlichen Grundstücksgrenzen der Grundstücke 10 16 sowie entlang den nördlichen Grundstücksgrenzen der Grundstücke 17-19 u. 26 ist ein 2,00 m breiter Grünstreifen mit einheimischen, standortgerechten Großsträucher und Laubbäumen z.B. Acer platanoides - Spitzahorn; Tilia cordata - Winterlinde: Salix caprea - Salweide; Fraxinus ornus - Esche; Philadelphus coronarius - Pfeifenstrauch; Prunus avium-Vogelkirsche: Virburnum Lantana - Schneeball zu pflanzen. Die Bepflanzung des Grünstreifens ist durch den jeweiligen Grundstückseigentümer vorzunehmen.

4.3 Baüme und eine Grünfläche von 25 m² werden außerhalb des B-Plangebietes gepflanzt bzw. angeordnet.

<u>Mindestanforderungen an Einzelbäume:</u>

2 × verpflanzt Mindeststammumfang 10 - 12 cm

Mindestanforderungen an Großsträucher:

• 1 - 2 Sträucher pro lfdm. • 2 × verpflanzt ohne Ballen Pflanzgröße 60 - 100 cm

Pflanzschema M 1:200

0.25 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 ±0,25 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0

□ Großstrauch

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.,1986 (BGB), I S. 2253). zuletzt geändert durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBI, I Seite 466).

Baunutzungsverordnung (BauNVO)in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I Seite 132). zuletzt geändert durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBI, I Seite 466).

Planzeichenverordnung in der Fassung vom 18.12.1990.

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 35.4.97 Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom 3. 3. 37 bis 21.16.37 und durch Abdruck im Amtsblatt "Stargarder Nachrichten" am 3. 3. 3.

Pragsdorf, den 21.10.97



2. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Behörde ist gemäß § 21 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes i.V.m. dem Erlaß des Wirtschaftsministers vom 30.09.1996 betei-

Pragsdorf, den 20-8-37



3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am 17. 9.97 durchge-

Pragsdorf, den 17.9.5

4. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden sind mit Schreiben vom 20.8.37 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden gemäß § 4 Abs. 1 und § 2 Abs. 2 BauGB.

Pragsdorf, den 20-8-37



5. Die Gemeindevertretung hat am 13.8.97 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Pragsdorf, den 13.8-37



6. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Tei B) sowie die Begründung, haben in der Zeit vom <u>AS-S-St</u> bis zum <u>40.40.97</u> während folgender Zeiten: montags 9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr

9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 18.00 Uhr

nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, in der Zeit vom 3.5.57 bis zum 21.10.37 durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht worden. Am 3.3.37 erfolgte die Bekanntmachung

Pragsdorf, den <u>VA. AO.</u> 37



7. Der katastermäßige Bestand am 2398 wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, daß eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1:2000 vorliegt. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden,

Neubrandenburg, den 2.3%



8. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Stel-

Pragsdorf, den 5.3.38



Bürgermeister

9. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziff. 6) geändert worden. Daher haben die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Tei A) und dem Text (Tei B) sowie die Begründung in der Zeit vom bis zum erneut öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, in der Zeit vom bis zumdurch Aushang ortsüblich bekanntgemacht worden.

Pragsdorf, den

Pragsdorf, den 4.2.30



11. Die Genehmigung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 1 60.2 914 - mit Nebenbestimmungen und Hinweisen - erteilt.

Pragsdorf, den 26,05.38

12. Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändernden Beschluß der Gemeindevertretung vom 24.6. 30. erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung der

Pragsdorf, den 24.6.38



13. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit ausgefertigt.

Pragsdorf, den 30.07.38



14. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 14.7.38 - im Amtsblatt "Stargarder Nachrichten" bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44, 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am 32.7.30 in Kraft getreten.

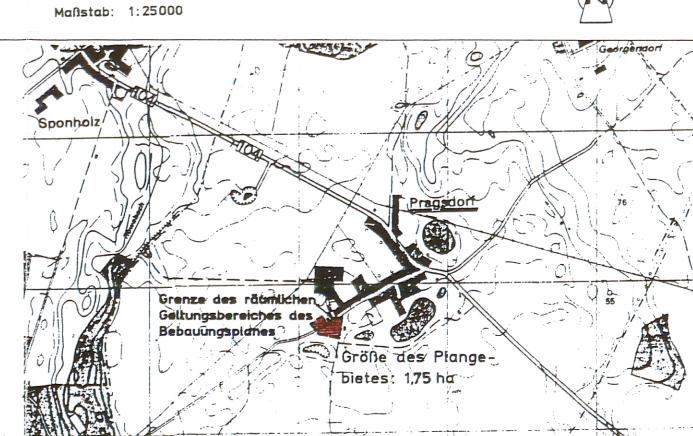
Pragsdorf, den 30.07.38



SATZUNG DER GEMEINDE PRAGSDORF

"Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung vom 08.Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch das investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGB). 1 S. 466), sowie nach § 86 der Landesbauordnung M - V (LBau0 M - V) vom 26.April 1994 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 11, S. 549) wird nach Beschlußfassung die Gemeinde Pragsdorf vom 04. Februar 1998 und mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 2 Pragsdorf "Am Bannenbrücker Dreieck" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), eriassen.

ÜBERSICHTSPLAN



Planverfasser: Planungsbüro UWT für Umweltschutz, Wasserwirtschaft und Tiefbau GmbH Platanenstraße 8 17033 Neubrandenburg

Tel. (0395) 367600 Fax (0395) 3676022

rechtskia/fic

PRAGSDORF

Land Mecklenburg - Vorpommern

BEBAUUNGSPLAN NR. 2 "AM BANNENBRÜCKER DREIECK"

id.-Nr.151

Februar 1998